



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reicher, Paul: Parteien und Wahlen in Elsaß-Lothringen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ich denke hier an jenen kleinen Kalabresen in de Amicis Roman „Gerg“, welcher in Piemont in eine Schule hineinschneit, und an den Empfang, den ihm die Piemontesischen Schüler nach den patriotischen Worten des Lehrers bereiten. Er gemahnt sie daran, daß Italien fünfzig Jahre für die Einheit gekämpft und daß 30 000 Italiener dafür das Leben gelassen haben.

Das Theatralische dieser Rhapsodie beiseite, — wie unendlich weit ist der Deutsche doch noch von solcher Auffassung entfernt!

Sie konnte im Reich von 1871 mit seinen Sonderungskristallpunkten kaum entstehen. Sie wurde jedenfalls nach Kräften hintangehalten. Der Einheitsstaat muß sie uns bringen. In ihm muß es verpönt sein, den, der eine andere Mundart spricht, zu verspotten oder abzulehnen. Er wird der Erzieher zur Deutschtum sein. Und damit zur Wiedergeburt!

Da das deutsche Volk es in der Hand hat, den höchsten sittlichen nationalen Stand, die innere geistige und politische Einheit, zu erreichen, nenne ich es trotz all seines Unglücks ein glückliches. Wer das positive Ziel, welches diese Einheit darstellt, als sittlich empfindet, wird die Schwere unserer Zeit leichter ertragen als der Gegner der Einheit. Dieses Ziel erhebt, denn es verheißt ideale Gesinnung, wirkliche Brüderlichkeit für die Zukunft.

Aber das erfordert viel Umkehr vom Gewohnten. Darum ist es nicht nur ein Ziel, sondern auch eine Forderung. Für jeden Einzelnen!



Parteien und Wahlen in Elsaß-Lothringen

Von Paul Reicher (Frankfurt a. M.)



Am 16. November haben in Elsaß-Lothringen wie im übrigen Frankreich die Kammerwahlen, die ersten Wahlen seit dem Verlust des Landes, stattgefunden. Die politische Umwälzung rief eine völlige Neubildung der Parteien hervor. Die mächtigste Partei des Landes, das Zentrum, nannte sich im Elsaß Republikanische Volkspartei, in Lothringen, wo sie eine Verschmelzung mit dem früheren Lothringer Block einging, Republikanische Union. Der wichtigste Programmpunkt ist die Aufrechterhaltung der deutschen Kirchen- und Schulgesetzgebung, der Widerstand gegen die Trennung von Kirche und Staat und gegen die Laienschule. Die zweite große Partei des Landes, die Sozialdemokratie, steht natürlich auf dem entgegengesetzten Standpunkt, wie sie überhaupt ihrem Parteidogma zufolge jede Sondertümelei Elsaß-Lothringens innerhalb des französischen Einheitsstaates verwirft. Die Hauptforderung der Sozialdemokratie ist die Nationalisierung der Eisenbahnen, der großen Industrieunternehmungen und der Bodenschätze. Den gleichen Standpunkt in der Kultur- und Wirtschaftsfrage nimmt die Radikale Partei ein, die aus der früheren Liberal-demokratischen Partei hervorgegangen ist und eine entschieden demokratische Politik verfolgt. Weniger trifft dies zu auf die neue Demokratisch-republikanische Partei, die den größeren Teil der Liberal-demokratischen Partei in

sich aufgenommen hat und im wesentlichen als die Interessenvertretung von Kapital, Industrie und Handel angesehen werden darf. Kleinere Gruppen sind die Unabhängig-republikanische Partei des Unterelsaß und die im ganzen auf dem Boden des radikalen Programms stehende Republikanische Liga in Lothringen.

Wichtiger als die Unterschiede in den Forderungen der einzelnen Parteien sind bei der derzeitigen Lage die allen Parteien ohne Ausnahme gemeinsamen Programmpunkte. Zum Teil basieren diese auf der tiefgehenden Unzufriedenheit, die sich infolge der Mißgriffe der französischen Verwaltung allmählich herausgebildet hat, zum Teil auf der relativ selbständigen Stellung, die Elsaß-Lothringen als Glied des Deutschen Reiches eingenommen hat. Man fordert also die stärkere Berücksichtigung der Elsässer und Lothringer bei der Besetzung der Beamtenstellen, namentlich der höheren, in die nach der Ausweisung oder Absetzung der deutschen Beamten vorwiegend der Landessprache und Landesgesetze unkundige Nationalfranzosen eingerückt sind, man verlangt die Gleichstellung im Gehalt, die durch Gewährung einer Ostmarkenzulage an die aus Frankreich kommenden Funktionäre bisher nicht erfolgt ist. Die verheerenden Wirkungen des überstürzten Vorgehens in der Sprachenfrage sollen durch vorläufige Beibehaltung der deutschen Sprache im Schul- und Gerichtswesen nach Möglichkeit getilgt, überhaupt soll das Tempo in der Einführung der französischen Gesetze verlangsamt werden. Alle Parteien verlangen deshalb eine Übergangszeit, während der das Land in aller Ruhe und Stetigkeit nach sorgfältiger Prüfung die französische Verwaltung und Gesetzgebung übernehmen kann. Das Zentrum hat es bei den Wahlabmachungen im Oberelsaß sogar durchgesetzt, daß die Kompromißparteien, Demokraten und Radikale, sich verpflichteten, dafür einzutreten, daß während der ganzen bevorstehenden vierjährigen Legislaturperiode an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden solle. Einen lehrreichen Einblick in die Verhältnisse gewinnt man, wenn man den offiziellen im „Nouveau Rhin français“, dem Blatt des Herrn Wetterlé, enthaltenen Wahlauf Ruf mit dem im „Elsässer Kurier“ des Abbé Haegy und im „Democrate du Haut-Rhin“ abgedruckten vergleicht. Dort wird eine gesunde Dezentralisation im Geist des von Herrn Clemenceau für ganz Frankreich verkündeten Regionalismus und vorläufige Beibehaltung der Kirchen- und Schuleinrichtungen gefordert, hier ist die Rede von einer selbständigen Landesverwaltung in Elsaß-Lothringen und (dauernden) Beibehaltung der Einrichtungen in Kirche und Schule. Der von Herrn Wetterlé veröffentlichte Text ist der authentische, man sieht daraus, daß die geheimen Strömungen in den Parteiprogrammen keinen unverfälschten Niederschlag finden. Schwierig ist die Stellung der Parteien des unterschiedenen Unitarismus, der Radikalen und Sozialisten. Sie verfechten zwar die restlose Eingliederung des Landes in das französische Departementalsystem, aber eine bestimmte Übergangszeit fordern auch sie, und nicht weniger energisch als die übrigen Parteien, für die Übernahme der französischen Verwaltung und Gesetzgebung. Eine Gruppierung der Parteien hinsichtlich einer mehr oder weniger innigen Orientierung nach Frankreich hin läßt sich nicht vornehmen, in allen Parteien findet man extremste Anhänger der Franzöfisierung wie Männer des integralen elsaß-lothringischen Partikularismus.

Um so auffallender und ungerechtfertigter ist die Bezeichnung nationaler Block, die die bürgerlichen Parteien ihrem Bündnis gegen die Sozialdemokratie

gegeben haben. Republikanische Volkspartei, Zentrum, Demokratisch-republikanische Partei, Unabhängig-republikanische Partei und Radikale des Oberelsaß haben sich vor den Wahlen auf ein Kompromißprogramm geeinigt, dessen einziger Zweck der Mandatsgewinn und dessen hauptsächlichster Nutznießer das Zentrum sein sollte. Im Unterelsaß und in Lothringen blieben die Radikalen dem Abkommen fern, da sie dieses Vorgehen als undemokratisch ansahen. Wenn im Oberelsaß die Radikalen trotzdem die Kompromißpolitik mitmachten, so rührt dies daher, daß die Sozialdemokratie dort viel radikaler auftritt als im Unterelsaß. Die Sozialdemokratie hatte sich selbst isoliert, da ihr durch den Beschluß des Lyoner Kongresses der Gesamtpartei ein gemeinsames Vorgehen mit einer andern Partei verwehrt war. Der Wahlkampf, in dem sich die Parteien der „Ordnung“ denen der „Unordnung“ (womit in der Hauptsache die Sozialisten gemeint waren), die Bürgerlichen den „Bolschewisten“ gegenüberstellten, wurde mit einer Gefäßigkeit geführt, die den bekannnten Wahlgepflogenheiten der wiedergewonnenen Patrie nichts nachgab. Die persönliche Verunglimpfung der Kandidaten schreckte vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurück. In diesen Rahmen gehört auch die von dem Redakteur der Straßburger „Neuen Zeitung“, Charles Frey, im Wahlkampf gegen Sozialisten und Radikale über Gebühr aufgebauchte Neutralisten-affäre, von der es nun, nach der erfolgreichen Wahlschlacht, recht still geworden ist. Dem Block standen zudem alle Mittel der Organisation und persönlichen Beeinflussung zu Gebote, vor allem in der nie versagenden Mithilfe der katholischen Geistlichkeit. In den kleineren Orten griffen sogar die Bürgermeister ein. Auf dem Lande war es den Sozialisten oft schwer, in vielen Fällen ganz unmöglich, auch nur einen Saal für eine Versammlung zu bekommen. Dies alles aber hätte nicht hingereicht, um dem Nationalblock zu einem Sieg zu verhelfen, wie er vollständiger nicht gedacht werden kann. Die Hauptschuld daran trägt das auch in Elsaß-Lothringen geltende französische Wahlsystem, das in seiner ungeheuerlichen Vereinigung von Mehrheits- und Verhältniswahl nur ein Zerrbild des Proportionalwahlsystems genannt werden kann und von dem letzten französischen Parlament kurz vor seiner Auflösung noch beschloffen und so zurechtgeschnitten wurde, daß unter Ausnutzung der durch das gute Kriegsende zur gangbaren Scheidemünze gewordenen nationalen Phrase, deren sich Clémenceau denn auch in seiner Straßburger Wahlrede ausgiebig bediente, ein den Parteien der Reaktion und des Nationalismus günstiges Wahlergebnis herauskommen mußte. Das Wahlgesetz bestimmt, daß in denjenigen Verhältniswahlbezirken, wo eine Liste die absolute Majorität der im ganzen abgegebenen Stimmen erreicht, dieser Liste nicht nur die ihrer Stimmenzahl entsprechenden Mandate, sondern auch alle übrigen zufallen, so daß die Minderheiten in diesem Fall völlig unvertreten bleiben. Darauf gründeten die Parteien des Blocks ihre Rechnung. Ihrem vereinten Ansturm gelang es, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten und dadurch die Voraussetzung für das Inkrafttreten der genannten ungerechten Wahlgesetzklauseel zu schaffen. Auf diese Weise errang der Block alle 24 Kammermandate. Von diesen werden die Demokraten und oberelsaßischen Radikalen 7, das Zentrum 17 erhalten. Die Sozialisten gehen also völlig leer aus. Gewählt sind: im Oberelsaß Wetterlé, der klerikale Parteiführer Dr. Pfleger, der wegen Landesverrats im Kriege zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte Reallehrer

Brogly und der Geschäftsführer Bilger vom Zentrum, von den Demokraten Baradé, Pfarrer Scheer und der jetzt ins Ministerium berufene radikale Industrielle Jourdain; im Unterelsaß der Universitätsprofessor Eugen Müller, Notar Jäger (Hochfelden), Dr. Oberkirch, Oberlehrer Dr. Walter und der Chefredakteur des Elsaßer, Selz (Zentrum); Pfarrer Altorffer, Comte de Leusse, Redakteur Frey und Bürgermeister Simonie von den Demokraten; in Lothringen Dr. François, Jean, Sérot, die früheren Abgeordneten Meyer (Walscheid), Schumann und Hackspill (Direktor der „Lothringer Volkszeitung“), der frühere Meyer Gouverneur General de Maud'huy und der Großindustrielle Guy de Wendel, also eine klerikale Liste mit feudal-kapitalistischem Einschlag. Eine Ironie des Schicksals ist es, daß Männer unterlegen sind wie Georges Weill, der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Metz, der sein Mandat im Sinne der Wähler pflichtgemäß auszuüben glaubte, als er im Beginn des Krieges zu den Franzosen überging; der wegen seiner deutschfeindlichen Gesinnung während des Krieges in Schutzhaft genommene Mülhauser Sozialist Jean Martin; der elsässische Sozialist Grumbach, der „Homo“ der „Humanite“, der während des Krieges sich in Frankreich und der Schweiz aufhielt und für die Lostrennung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich wirkte, der sozialistische Bürgermeister von Straßburg, Peirotes, der im April mit den Stimmen der Bürgerlichen zu diesem Amt berufen wurde und sich noch in jüngster Zeit in unterwürfigen Worten gegenüber der französischen Generalität nicht genug tun konnte. Die Niederlage gerade dieser Kandidaten beweist am schlagendsten, daß der Sieg des Blocks keinen Triumph über die etwa dem Anschluß an Frankreich widerstrebenden Kräfte bedeutet, daß das Wahlergebnis im ganzen nicht als nationales Bekenntnis zu Frankreich angesehen zu werden braucht, wenn dies auch für einzelne Wähler richtig sein mag.

Wie wenig der Erfolg des Blocks in den tatsächlichen Stärkeverhältnissen der Parteien begründet ist, ersieht man aus einer Prüfung der erreichten Stimmenzahlen. Es wurden im ganzen 320000 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 191000 auf den Block (Oberelsaß 60000, Unterelsaß 70000, Lothringen 61000); 19000 auf die dem Block nicht angehörenden bürgerlichen Parteien (Radikale des Unterelsaß 12500, Lothringische Liga 6500); 110000 auf die sozialistische Liste (Oberelsaß 36000, Unterelsaß 48000, Lothringen 26000). Der Nationalblock, dem sämtliche Mandate zufallen, verfügt demnach nur über 60 Prozent, also drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Für die Sozialisten haben 34, für die unabhängigen Radikalen 6 Prozent der Wähler gestimmt. Danach müßten also, wenn eine gerechte Zuteilung nach dem Proporz erfolgen würde, die Blockparteien 14, die Radikalen 2 und die Sozialisten 8 Sitze erhalten.

Sehr lehrreich ist ein Vergleich des Wahlergebnisses mit dem der Landtagswahlen von 1911 und der Reichstagswahlen von 1912. Trotz der infolge der Kriegswirkungen und der Abwanderung der Deutschen eingetretenen Bevölkerungsabnahme und trotzdem die Deutschen kein Wahlrecht besaßen, ist die Zahl der Wahlberechtigten ungefähr die gleiche geblieben, da die vielen ins Land gekommenen Franzosen an der Abstimmung teilnahmen und das Wahlalter herabgesetzt wurde. Die Zahl der gültigen Stimmen hält etwa die Mitte zwischen den bei den Wahlen von 1911 und 1912 abgegebenen. Schwierig ist die Ver-

gleichung nur insofern, als die für jede einzelne Blockpartei abgegebene Stimmenzahl sich nicht ermitteln läßt, während bei den früheren Wahlen die Parteien getrennt vorgingen. In der folgenden Vergleichung, die die Entwicklung der einzelnen Wahlgruppen veranschaulichen soll, sind für die Land- und Reichstagswahlen die rechtsstehenden Parteien (Zentrum, Lothringer, Nationalbund und vom Zentrum unterstützte Kandidaten) unter der Bezeichnung „Rechtsstehende Parteien“ aufgeführt, für die Kammerwahlen ist die demokratisch-republikanische und die radikale Partei des Oberelsaß diesen zugezählt. Die Radikalen des Unterelsaß und die Lothringer Liga sind den früheren Liberal-Demokraten gleichgesetzt. Danach ergibt sich, daß die rechtsstehenden Parteien folgende Stimmenzahl erreicht haben: 1911 146000 (49 Prozent), 1912 155000 (46 Prozent), 1919 191000 (60 Prozent); die Liberalen (Radikalen) 1911 72000 (24 Prozent), 1912 75000 (22 Prozent), 1919 19000 (6 Prozent); die Sozialisten 1911 72000 (24 Prozent), 1912 111000 (32 Prozent), 1919 110000 (34 Prozent). Man sieht daraus, daß die Sozialisten eine Stimmenzunahme zu verzeichnen haben, die gegenüber dem Resultat der Reichstagswahlen 2 Prozent, gegenüber dem der Landtagswahlen sogar 12 Prozent beträgt und um so bemerkenswerter ist, als die zahlreichen im Lande verbliebenen deutschen Arbeiter kein Wahlrecht hatten. Trotzdem gehen die Sozialisten bei der Mandatsverteilung völlig leer aus. Selbst das einfache Mehrheitswahlssystem hätte eine gerechtere Verteilung der Abgeordnetenitze ermöglicht als das ungeheuerliche französische Verhältniswahlssystem.

Was die Wahlergebnisse im einzelnen angeht, so ergibt sich die Zunahme der sozialistischen Stimmen in mehreren Bezirken als die wichtigste Erscheinung. Die stärkste Zunahme erfolgte in den Kreisen Erstein, Molsheim, Zabern, Hagenu und Saargemünd. Auch im Kreis Thann trat eine Steigerung ein. Die großen Städte Metz, Mülhausen, Straßburg zeigen eine geringe Abnahme. Immerhin erlangten die Sozialisten im Bezirk Straßburg-Stadt die absolute Majorität, in Straßburg-Land und Mülhausen-Stadt blieben sie nur wenig darunter. In den Kreisen Zabern und Saargemünd haben die Sozialisten mit den Radikalen zusammen die absolute Mehrheit. In den Kreisen Diedenhofen-Ost und Diedenhofen-West bestehen starke sozialistische Minderheiten, im Kreis Saargemünd übertrifft die Stimmenzahl der Sozialisten die des Blocks. Überraschend groß war die ansehnliche Stimmenziffer der Radikalen im Kreis Zabern, der lange Zeit im Reichstage durch den Reichsparteiler Hoeffel vertreten war.

Es ist klar, daß die Stimmung der im Parlament völlig unvertretenen Arbeiterschaft nicht gerade freundlich ist gegenüber dem durch die erfolgreichen Parteien vertretenen System. Man wird sich auf schwere Kämpfe gefaßt machen müssen, und zwar vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, da die Betätigung auf dem politischen Kampffeld den Arbeitern durch den Wahlausgang versagt ist. Die Blockparteien schienen von den erregten Arbeitermassen Ausschreitungen zu befürchten; anders kann es nicht gedeutet werden, wenn am Wahltag und am Tage nach der Wahl in Straßburg der Kleberplatz von schwarzen Truppen besetzt und das Gebäude der „Neuen Zeitung“ am Dreizehnergraben militärisch bewacht wurde. Aber die Arbeiter zeigten Disziplin genug, um die Ruhe nicht zu verlieren. Die Einsicht, daß das Wahlergebnis ungerecht ist, ist bei den Parteien des Nationalblocks unzweifelhaft vorhanden. Dies beweisen auch die am 30. November

im ganzen Lande vorgenommenen Gemeinderatswahlen. In Straßburg haben sich die Parteien zu einem freiwilligen Proporz unter Zugrundelegung der bei den Kammerwahlen erzielten Stimmziffern entschlossen. Danach erhielten die Sozialisten 17, die Radikalen 4, die Blockparteien 15 Vertreter. Die Sozialisten und Radikalen verfügen also über die absolute Mehrheit, und die Wiederwahl Peirotes' zum Bürgermeister ist gesichert. In Colmar wurde die vereinigte Liste der Radikalen und Sozialisten gewählt, in Mülhausen 18 Bürgerliche und 18 Sozialdemokraten. Das „nationale“ Bekenntnis sieht also hier erheblich anders aus. Es ist auch sehr bezeichnend, daß der scheidende Präfekt von Lothringen, Mirman, die Parteien in Metz zu einem freiwilligen Proporz nach Straßburger Muster aufgefordert hat. Die Republikanische Union ging allerdings nicht darauf ein, und ihre Kandidaten wurden bis auf vier gewählt, aber man sieht daraus doch, daß die Regierung es für sehr gefährlich ansieht, wenn auch in der Kommunalpolitik die „antinationale“ Sozialdemokratie von der Mitbestimmung völlig ausgeschlossen bleibt.

Am 8. Dezember gaben die neugewählten elsässischen und lothringischen Abgeordneten bei der Eröffnung der Kammer eine Erklärung ab, die den rückhaltlosen Anschluß des Landes an Frankreich verkündete. Man wird diese nicht auf dieselbe Stufe wie die Loyalitätserklärungen des Präsidenten des elsäß-lothringischen Landtags während des Krieges stellen dürfen. Aber es sind hier doch, ganz abgesehen von der theatralischen Aufmachung des Vorgangs, erhebliche Einwände am Platze. Die in Elsaß-Lothringen herrschende Unzufriedenheit gibt einen merkwürdigen Hintergrund ab für die bei einer solchen Gelegenheit unumgängliche offizielle Erklärung. Das Rätsel der „nationalen“ Wahlen ist gelöst, wenn man bedenkt, daß die Kandidaten der Blockparteien auf Grund eines Programmes gewählt sind, das in wohlberechneter Absicht die partikularen Forderungen allen andern voranstellt, also diejenigen, in denen die allgemeine Mißstimmung ihren Niederschlag gefunden hat. Zuerst Elsaß und Lothringen, dann Frankreich! Hätten die Wähler nicht gewußt, das dem so sei, so hätten alle Drohungen der „Ordnungsparteien“ mit dem bolschewistischen Gespenst nichts genützt. Es ist ja auch charakteristisch, daß gerade diese Parteien im Gegensatz zu den Radikalen und Sozialisten sich keiner der großen französischen Parteien angeschlossen haben. In dem Wahlergebnis findet also die in der Kammer verlesene Erklärung keine Stütze, denn die Wahlen haben weder für noch gegen Frankreich, sondern nur für ein im Rahmen Frankreichs seiner staatlichen Individualität sich bewußtes Elsaß-Lothringen entschieden.

